19.10.2023

Drucksache 226/23

Maßnahmenplanung Inklusion

Gremium	Sitzungsdatum	Beschlussstatus	Beratungsstatus
Ausschuss für Arbeit, Soziales, Inklusion und Familie	28.11.2023	Empfehlungsbeschluss	öffentlich
Kreisausschuss	11.12.2023	Empfehlungsbeschluss	öffentlich
Kreistag	12.12.2023	Entscheidung	öffentlich

Organisationseinheit Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Berichterstattung Landrat Mario Löhr

Budget	01	Zentrale Verwaltung
Produktgruppe	01.03.	Sitzungsdienst, Kreisverfassung, Ehrungen
Produkt	01.03.02.001	Ehrungen und Partnerschaften, Vernetzung gesellschaftlicher Aktivitäten

Haushaltsjahr	Ertrag/Einzahlung [€]	Aufwand/Auszahlung [€]
---------------	-----------------------	------------------------

Klimarelevante Auswirkungen keine positive negative

Umfang der Auswirkungen Erläuterung siehe Sachbericht

Beschlussvorschlag

1. Die Maßnahmenplanung „UNbedingt inklusiv“ 2023 – 2025 wird beschlossen.
2. Dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Inklusion und Familie ist jährlich über die Umsetzung zu berichten.

Sachbericht

Über 10 Jahre nach Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention bleibt Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von enormer Bedeutung.

Innerhalb der Kreisverwaltung Unna wurden, gemäß des Kreistagsbeschlusses vom 28.09.2010, in dem vergangenen Jahrzehnt die hauptamtliche Stelle einer/ eines Inklusionsbeauftragten eingerichtet sowie die Handlungsprogramme Inklusion 2013-2015 und 2016-2020 erstellt.

Die Kreisverwaltung Unna hat auf dieser Grundlage Inklusion gefördert und Barrieren abgebaut.

Inklusion ist dabei ein Prozess, der konstant weiterentwickelt werden muss. In der Verwaltung Kreis Unna wird Inklusion als Daueraufgabe verstanden, um die gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und die selbstbestimmte Lebensführung für alle Menschen mit einer Behinderung sicherzustellen.

Inklusion ist dabei eine Querschnittsaufgabe, die so gut wie alle Bereiche der Verwaltung tangiert. Um diese Querschnittsarbeit sicherzustellen, wurde die Stelle der/ des Inklusionsbeauftragten Ende des Jahres 2021 beim Landrat verortet.

Nach Ablauf des Handlungsprogramms 2016 – 2020 sowie der Evaluation des Inklusionsprozesses gilt es nun eine Fortsetzung der Maßnahmenplanung umsetzen, die eine Weiterentwicklung darstellt.

Im November 2022 wurde zu diesem Zweck eine verwaltungsinterne **Arbeitsgruppe Inklusion** eingerichtet, deren Aufgabe in der Erarbeitung konkreter Inklusionsmaßnahmen liegt.

Die Arbeitsgruppe setzt sich aus ständigen Vertreter*innen folgender Organisationseinheiten zusammen:

FD 10 - Steuerungsdienst

FD 11 – Zentrale Dienste

FB 40 – Schulen und Bildung

FB 50 – Arbeit und Soziales

FB 51 – Familie und Jugend

FB 53 - Gesundheit

FB 60 - Bauen

Stabsstelle Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Stabsstelle Presse und Kommunikation

Stabsstelle Digitalisierung

Personalrat

Schwerbehindertenvertretung

Inklusionsbeauftragte

Insofern die fachliche Notwendigkeit vorliegt, hat die Arbeitsgruppe die Möglichkeit weitere Organisationseinheiten einzubinden und/ oder Unterarbeitsgruppen zu bilden. Die Leitung und Koordination der Arbeitsgruppe obliegt der Inklusionsbeauftragten.

Das bisherige Konzept der Handlungsprogramme wird von dem neuen Format einer „Roadmap“ (engl. Straßenkarte = übersichtliche Visualisierung konkreter Maßnahmen/ Ziele, inklusive Zeitperspektive) abgelöst.

Hintergrund der neuen Darstellung ist der Anspruch, dass die Maßnahmen zielgerichtet, progressiv und evaluierbar sein sollen. Ebenso werden die Transparenz und Nachvollziehbarkeit verbessert. Die neue Maßnahmenplanung trägt den Titel „**Unbedingt inklusiv**“ **Maßnahmenplanung 2023-2025** (s. Anlage) und umfasst 29 Maßnahmen. Insofern Maßnahmen budgetrelevant sind, werden diese in den jeweiligen Haushaltsansätzen der betreffenden Organisationseinheiten veranschlagt.

Klassifizieren lassen sich die Maßnahmen in verschiedene Handlungsfelder:

- Barrierefreiheit
- Bewusstseinsbildung
- Partizipation/ Teilhabe
- Inklusiver Arbeitgeber

Handlungsfelder können miteinander verknüpft werden.

Über den Umsetzungsstand der Maßnahmen erfolgt einmal jährlich eine Berichterstattung.

Die Fortschreibung erfolgt fortlaufend.

Ein wesentlicher Anspruch der neuen Maßnahmenplanung liegt in der Partizipation von Menschen mit Behinderung, insbesondere bei Planungsprozessen. Nur, wenn die Beteiligung von Menschen mit Behinderung erfolgt, kann auch sichergestellt werden, dass Inklusion gelingt. Hierzu wird eine strukturelle Verbesserung der Einbindung des Fachbeirats Inklusion angestrebt.

Der Fachbeirat Inklusion tagt vier Mal im Jahr und setzt sich aus den Vertreter*innen der Behindertenbeiräte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, den Vertreter*innen der Selbsthilfegruppen im Kreis Unna, den Inklusionsbeauftragten kreisweiter Organisationen, Vertreter*innen der Kreissenorenkonferenz und betroffenen Multiplikator*innen zusammen.

Der Prozess der Partizipationssteigerung spiegelt sich nicht nur in der Maßnahmenplanung (z.B. die verbindliche Einbindung des Fachbeirats bei Bauprojekten), sondern auch in der Projektteilnahme der Kreisverwaltung Unna an dem Modellprojekt „In Zukunft inklusiv. Mit politischer Partizipation zum Kreis für alle“ wider.

Die Fortführung der Maßnahmenplanung greift somit wesentliche Ergebnisse der Evaluation des bisherigen Inklusionsprozesses auf:

- Strukturiertes Vorgehen
- Zusammenarbeit der Organisationseinheiten
- Stärkung der Beteiligung von Menschen mit Behinderung
- Formulierung evaluierbarer Maßnahmen

Anlagen

1. „UNbedingt inklusiv“ Maßnahmenplanung 2023 -2025
2. Präsentation Inklusionsprozess